

Soziale Ungleichheit als Problem der DDR-Soziologie

Thomas Mergel

Wie kann man soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft erforschen, die sich durch immer weitergehende soziale Gleichheit auszeichnen will?¹ Wie kann man in einer Gesellschaft, der politisch ein spezifischer Blick auf sich selber verordnet ist, soziologisch informierte Kategorien einbringen, die gleichzeitig dem Anspruch genügen, praktisch zur Weiterentwicklung der Gesellschaft beizutragen? Diesem Fragenkomplex sind die folgenden Überlegungen gewidmet. Sie fragen also nach einem spezifischen Typ der Repräsentation sozialer Ordnungen unter den besonderen politischen Bedingungen einer sozialistischen Diktatur. Damit ändern sich einige der Bedingungen, unter denen sozialwissenschaftliche Beschreibungen Wahrheitsansprüche erheben können: Sie liefern Bilder von einer Gesellschaft, die sich einerseits in der Bestätigung durch andere sozialwissenschaftliche Beschreibungen erweisen müssen. Andererseits müssen sie sich auch immer in den Augen der Untersuchten selbst bewähren. Die Beobachteten bestimmen also auch über die Geltung der Beobachtungen mit,

1 »Soziale Ungleichheit« wird hier im weiten Sinn als ungleiche Verfügungsmacht über Ressourcen jeglicher Art verstanden. Es geht also nicht darum, eine sich ohnehin in jeder sozialen Situation selbst verstehende soziale *Ungleichartigkeit* der Menschen zu problematisieren. Wohl aber soll die mancherorts aufscheinende Unterscheidung zwischen (sich selbst verstehender) sozialer Differenz und (problematischer) sozialer Ungleichheit in Frage gestellt werden. Soziale Differenz ist in ihren Folgen nichts anderes als soziale Ungleichheit, mit allerdings stärkerer Aufmerksamkeit für andere Unterscheidungen als die sozial vertikale, die im Hintergrund der Semantik der sozialen Ungleichheit steht. Und freilich sei zugestanden, dass das Begriffspaar Gleichheit/ Ungleichheit historisch in hohem Maß eine politische Semantik war, die mit Gerechtigkeit/ Ungerechtigkeit assoziiert wurde. Ein Mangel an Theoriefähigkeit ist damit jedoch nicht von vornherein gegeben. Zu einigen semantischen Fragen im Umfeld des Begriffs »Soziale Ungleichheit«, v.a. im Kontext von Selbst- versus Fremdbeschreibungen vgl. Peter A. Berger, »Die Herstellung sozialer Klassifikationen. Methodische Probleme der Ungleichheitsforschung«, in: *Leviathan* (1988), 4, S. 501–520.

indem sie fragen, ob die Beobachtungen der Beobachter mit ihren eigenen Beobachtungen übereinstimmen und insofern wahrheitsfähig sind. In einer Gesellschaft mit einer funktionierenden Öffentlichkeit sind diese beiden Diskurse immer schon insofern aufeinander bezogen, als die Wissenschaftler die Kriterien für ihre Fragen nicht allein aus dem nehmen, was theoretisch naheliegend erscheint; vielmehr müssen sich ihre Annahmen und Befunde auf alltagsweltliche Erfahrungen zurück beziehen lassen, um überzeugend zu sein. Umgekehrt werden diese Erkenntnisse in der medialen Öffentlichkeit prozessiert und so einer Beobachtung durch den alltagsweltlichen Blick unterworfen. Sozialwissenschaftler sind gehalten, diese Diskurse, die sich dann etwa in Leserbriefen, der Zustimmung zu politischen Programmen oder demoskopischen Ergebnissen niederschlagen, zur Kenntnis zu nehmen und sie als kontrollierende Dimensionen ihrer Arbeit einzubeziehen. Sozialwissenschaftliche Beschreibungen der Wirklichkeit werden einer medialen Öffentlichkeit vorgestellt, und hier wird über ihre Überzeugungskraft entschieden. Ein allen vertrautes Beispiel für diesen Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen und Alltagsdiskursen: Dass der Euro tatsächlich kein »Teuro« war, haben Wirtschaftswissenschaftler vielfach gezeigt – trotzdem glaubt es kaum einer, weil die Alltagserfahrungen der Menschen damit nicht übereinstimmten, und das schwächt die Legitimität der Wissenschaftler.

In der Gesellschaft des real existierenden Sozialismus gab es diese reziproken Bezüge nicht. Die Beschreibungen der sozialistischen Gesellschaft waren immer schon politisch vorgeformt und hatten sich deshalb einem anderen, sich theoretisch gebenden, tatsächlich aber politisch vindizierten Geltungsmodus zu unterwerfen. Der kritischen Infragestellung der Beobachteten im Modus der medialen Öffentlichkeit waren diese Beschreibungen nicht ausgesetzt. Abgesehen davon, dass es gar keine »offene« Öffentlichkeit gab, in der diese Ergebnisse prozessiert werden hätten können, wurden solche Ergebnisse auch einem breiten Kreis kaum kommuniziert. Die meisten der Forschungen wurden nur einem eingeweihten Kreis von politischen Funktionären bekannt gemacht und meist mit dem Signum »Vertraulich, Dienstgebrauch« (VD) versehen. Über die Veröffentlichung der Befunde wurde politisch entschieden.

Daraus ergab sich für die Wissenschaftler das praktische Problem, dass die wissenschaftlich begründeten Beschreibungen nicht mit den politisch

vorgegebenen Kategorien in Konflikt geraten durften. Bestimmte Beschreibungsmuster – etwa die der vertikalen Ungleichheit – verboten sich aus politischer Raison. Das entscheidende Wahrheitskriterium hieß in praxi nicht, inwieweit reale Wirklichkeitsbeschreibungen erstellbar waren und sich im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs bewährten, sondern, ob die Kategorien und Ergebnisse einem politisch funktionalen Geltungsanspruch genügten, wie theoretisch auch immer dieser sich gerieren mochte. Womöglich weitergehend aber war das theoretische Problem, dass sie die Überzeugungskraft ihrer Forschungen nicht an der Wahrnehmung durch die Untersuchten testen konnten.

Im Folgenden soll es um die theoretischen Argumentationsformen und die methodologischen Konzepte gehen, mit denen in der DDR-Gesellschaft eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Gesellschaft geworfen werden konnte, die die Frage der sozialen Ungleichheit in den Blick nahm.² Eine Gesellschaft der Gleichen ist theoretisch unwahrscheinlich und schwer stabilisierbar, weil jede Handlung jedes Individuums geeignet ist, diese Gleichheit aufzustören. Gleichheit würde also, wollte sie durchgehalten sein (und das geht nur politisch), die Gesellschaft schon aus dieser Perspektive zur Immobilität und zur Stagnation verurteilen. Wenn in einer Gesellschaft der Gleichen, die gleich bleiben soll, jede soziale Positionsveränderung ein Problem ist, »lohnt« es sich für den Akteur eigentlich kaum, Aktivitäten zu entwickeln und also Risiken einzugehen. Die Entwicklungsdynamik von Gesellschaften lebt mithin zu einem guten Teil von der sozialen Ungleichheit: Menschen erhoffen sich Vorteile von Positionsveränderungen, sei es, dass sie besser leben wollen, dass sie mehr Macht wünschen, sei es, dass sie aus Gründen der Selbstverwirklichung Dinge tun, die sie in den Augen der anderen besonders machen. Jede Gesellschaft, die Gleichheit zu ihrem Entwicklungshorizont erklärt, muß demgemäß die Frage lösen, wie sich dies mit der Dynamik moderner Gesellschaften verträgt.

Eine Gesellschaft, die sich – und sei es nur in ihrem Horizont – als gleich imaginiert, ist also aus soziologischer Sicht zumindest eine Gesellschaft im Statikverdacht. Umgekehrt konnte eine marxistisch-

2 Vgl. zum Thema: Rainer Geißler, »Sozialstrukturforschung in der DDR – Erträge und Dilemmata. Eine kritische Bilanz der Triebkraft-Debatte und Mobilitätsanalyse«, in: *Berliner Journal für Soziologie* .(1996), 4, S. 517–540.

leninistische Gesellschaftsphilosophie, die das Telos der Gesellschaft in immer weitergehender Homogenität sah, nicht viel mit einer Wissenschaft anfangen, die von ihrem Ausgang her nach der Differenzierung von Gesellschaften suchte, und die aus dieser Differenziertheit ein Gesamtbild wob, das komplexe Gesellschaften als in sich höchst unterschiedliche Gesellschaften zu sehen erlaubte.³

1. Soziologie in der sozialistischen Gesellschaft

Solche Grundfragen jeder Gesellschaft, die die Soziologie seit dem 19. Jahrhundert verfolgt hatte, entsprachen aber nicht den politischen Perspektiven der DDR-Führung. Von daher war die DDR-Soziologie von vorneherein in einer prekären Situation.⁴ Sie galt in der Anfangszeit der DDR als überflüssige, weil unpräzise und ideologisch nicht »saubere« Wissenschaft. Die Königin der Wissenschaft war die marxistisch-leninistische Philosophie, die in ihrem deduktiven Wissenschaftsstil die empirischen Zugangsweisen der Soziologie nicht leicht ertragen mochte, auf deren Vokabular sich aber jeder Soziologe beziehen musste, wollte er Gehör und Publikationsgenehmigung erlangen. Empirische Ansätze waren fast nur in der Wirtschaftswissenschaft möglich, die sich wiederum in hohem Maß als Praxis verstand, indem sie zu einer Verbesserung wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse beitragen wollte. Eine wichtige Wurzel der DDR-Sozialforschung lag deshalb in der Ermittlung des konsumtiven Bedarfs, wie er vom 1962 gegründeten Leipziger Institut für Bedarfsforschung, das später – es scheint Ironie – in »Institut für Marktforschung« umbenannt wurde, ermittelt wurde. Einen weiteren, ökonomischen Fragestellungen

3 Vgl. den *locus classicus* bei Georg Simmel, »Über soziale Differenzierung« [1890], in: *Gesamtausgabe, Aufsätze 1887–1890* (Frankfurt: Suhrkamp Verlag, 1999²).

4 Zum folgenden: Horst Laatz, *Klassenstruktur und soziales Verhalten. Zur Entstehung der empirischen Sozialstrukturforschung in der DDR* (Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1990); als informierter Überblick: Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR* (Berlin: Akademie Verlag, 1995), S. 19–62. Mit Konzentration auf die empirische Sozialwissenschaft: Christiane Reinecke, »Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED-Fürsorgediktatur«, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* 50 (2010), S. 311–334, insbes. S. 315 f.

entwachsener Zweig der Sozialforschung lag in betriebssoziologischen Untersuchungen, die nach Rationalisierung, Arbeitszufriedenheit u.ä. fragten.

Seit dem Beginn der sechziger Jahre änderte sich das Umfeld für eine soziologische Forschung. Auch die DDR-Oberen stellten fest, dass sie über ihre Gesellschaft, die sich ja als geplante Gesellschaft verstand, wenig wussten und dass, wollte man den Fortgang des Sozialismus effizient vorantreiben, man über die Bedürfnisse, Wertvorstellungen und sozialen Ordnungsmuster der Bürger besser Bescheid wissen musste. Ulbrichts ökonomische Reformpläne standen in hohem Maß unter dem Rubrum der Wissenschaftlichkeit der Lösungen und der Verwissenschaftlichung der Planung. Von Anfang an war deshalb die DDR-Soziologie nicht nur theoretische und empirische, deskriptive und analytische Wissenschaft, sondern gleichermaßen Praxiswissenschaft: Sie sollte nicht nur beschreiben, was war, sondern auch vorschlagen, was sein sollte und wie es zu erreichen sein könnte. Einer der Begründer der Empirischen Sozialforschung in der DDR, Helmut Steiner, formulierte in einem Kompendium zur Sozialstrukturforschung von 1967:

1. Die Verwirklichung des entwickelten gesellschaftlichen Systems der sozialistischen Gesellschaft in der DDR erfordert für seine prognostische Zielstellung auch eine Analyse und Voraussage der Entwicklung der Klassen und Schichten. [...]
2. Die tägliche ökonomische und politische Leitungspraxis bedarf präziser sozialökonomischer Gliederungen und Abgrenzungen innerhalb der Gesellschaft. Die statistische Erfassung der Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur im Rahmen der Volks- und Berufszählung, die Planung und Analyse sozialpolitischer Maßnahmen, die Analyse der Arbeitskräftedynamik und ihre planmäßige Gestaltung u. ä. erfordern präzise Angaben über die sozialökonomische Struktur und deren Veränderungen.⁵

Insofern wurde der Soziologie, sobald man sie als wichtig entdeckte, ein eminent *praktischer* Wert zugesprochen. Untersuchungen der Sozialstruktur zielten nie nur auf die Aufdeckung existierender Strukturen, sondern immer auch darauf, welche *funktionierenden* Formen von sozialer Ord-

5 Leitung des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin [DDR] (Hrsg.), *Beiträge zur sozialen Struktur der sozialistischen Gesellschaft*, Reihe *Wirtschaftswissenschaftliche Informationen* 49/50 (1967), S. I.

nung zu entwickeln seien und darauf, welche Instrumente zu deren Herstellung am besten geeignet seien.⁶ Daraus leitete die Soziologie der DDR ihre Legitimation ab: Sie beanspruchte, durch ihre Forschungen Wege zum Sozialismus aufzeigen zu können. Dem kam entgegen, dass die meisten der hier in Frage stehenden Soziologen emphatische Unterstützer des Sozialismus waren und überzeugt waren, mit ihrer Arbeit an dessen Entwicklung mitzuwirken. Dennoch blieb die Soziologie in der DDR eine Randwissenschaft. Die daran beteiligten Wissenschaftler kann man fast an einer Hand abzählen. Sie arbeiteten unter der misstrauischen Aufsicht der Parteigremien und der Wissenschaftler, die sich als Erfüllungsgehilfen der Parteilinie verstanden. Von einem frei flottierenden innersoziologischen Diskurs konnte kaum die Rede sein, und ebensowenig von einer Ausdifferenzierung soziologischer Forschungsfragen im Zuge akademischer Diskussionen.⁷

Durch die doppelte Ausrichtung an marxistisch-leninistischer Philosophie einerseits, der Wirtschaftswissenschaft andererseits prägte sich ein spezifisches methodisches Prinzip aus, das auf Eindeutigkeit und numerische Beschreibbarkeit gerichtet war. Klassen wurden als zahlenmäßig, mit relativ wenigen Indikatoren erfassbare Menschengruppen definiert, soziale Positionen mussten sich mit eindeutigen Abständen zueinander im Raum anordnen lassen, die Differenzen zwischen ihnen wurden als Differenzen institutioneller Positionen oder quantifizierbarer Merkmale aufgefasst: Beruf und Berufsposition, Ausbildungsgrad, Einkommen. Dadurch erhielten die dem Forschungsdesign zugrundeliegenden sozialen Ordnungsvorstellungen eine Eindeutigkeit, innere Homogenität und äußere Abgrenzbarkeit, bei der Ambivalenzen oder diffuse Positionen höchstens als störende Interferenzen wahrgenommen werden konnten. Mehrdimensionale soziale Zuordnungsbegriffe wie etwa »Milieu« gab es in der DDR-Sozialwissenschaft nicht, Intersektionalität war weder theoretisch formulierbar noch empirisch umsetzbar. Kennzeichnend war deshalb eine methodische Engführung auf Quantifizierung und deren statistische Auswertung. Die Stochastik hat in der DDR eine intensive Pflege erfahren,

6 Vgl. als orthodoxe Ortsbestimmung: Rudi Weidig, »Soziologische Sozialstrukturforschung in der DDR«, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* (1980), S. 34–51.

7 Zu den Institutionen der DDR-Soziologie vgl. Jürgen Kaube, Soziologie, in: Jürgen Kocka u. Renate Mayntz (Hrsg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch* (Berlin: Akademie 1998), S. 255–301, hier S. 264–270.

wie überhaupt die DDR-Forschung in Hinsicht auf statistische Methodenfragen international angesehen war (was etwa dazu führte, dass auch in der westdeutschen Sozialwissenschaftsausbildung Statistik-Lehrbücher aus der DDR genutzt wurden). Die qualitative Sozialforschung war dagegen ein ausgesprochenes Stiefkind der DDR-Soziologie, denn der interpretierende Forscher ist hier nur schwer kontrollierbar, und seine Fragestellung neigt zur Betonung der spezifischen Eigenheiten, nicht der großen Gemeinsamkeiten. Die sogenannte »Alltagssoziologie«, worunter ethnomethodologische und andere interaktionistische Ansätze verstanden wurden, standen unter dem Verdacht, auf die »irrationalistische, spätbürgerliche Lebensphilosophie« zurückzugehen.⁸ Die Auswertung von Massendaten war dagegen in jedem Fall der sicherere Weg, behindert indes durch die rückständige Entwicklung der Computertechnologie in der DDR. Für diese Arbeit waren IBM-Großrechner notwendig, die, da mit harten Devisen zu bezahlen, knappe Ressourcen darstellten. Auch in dieser Hinsicht waren der DDR-Soziologie Grenzen gesetzt.

So weit es sich um Sozialstrukturforschung handelte, hatte sich die Soziologie mit der Ordnungsvorstellung des SED-Staates auseinanderzusetzen. Diese postulierte, dass auch die DDR-Gesellschaft eine Klassengesellschaft sei, allerdings – nach der Eliminierung der Bourgeoisie – eine ohne Klassenkampf. Klassen waren nach der kanonischen Definition Lenins

große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem [...] Verhältnissen zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.⁹

Jenseits dieser Definition war in der DDR keine gesellschaftswissenschaftliche Forschung möglich. Da aber mit der sozialistischen Umgestaltung

8 Hermann Lehmann & Artur Meier, »Sozialstruktur und Lebensweise in der ideologischen Auseinandersetzung«, in: *Lebensweise und Sozialstruktur. 3. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie*, hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Berlin (DDR): Dietz Verlag, 1981), S. 314–324, insbes. S. 314. Es handelt sich hierbei um das Referat einer Arbeitsgruppendifkussion.

9 Wladimir Iljitsch Lenin, »Die große Initiative«, in: ders., *Werke 29* (Berlin (DDR): Dietz 1967), S. 408–417, hier S. 410.

der Gesellschaft die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln geklärt war, galt das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander demgemäß als durch immer weiter gehende Annäherung aneinander gekennzeichnet, wobei die Arbeiterklasse das Vorbild abgab.¹⁰

Die beiden Klassen, die nach der Eliminierung der Bourgeoisie in der sozialistischen Gesellschaft noch zu entdecken waren, waren zunächst und ganz dominierend die Arbeiterklasse, sodann die Bauern, soweit sie in einem sozialistischen Verhältnis zu den Produktionsmitteln produzierten. Diese sogenannten Genossenschaftsbauern umfassten keineswegs nur Bauern im engeren Sinne, sondern alle Werk tätigen, die in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft tätig waren. Die beiden Klassen waren also diejenigen, die im primären und im sekundären Sektor produzierten. Der Dienstleistungssektor war und blieb ein Problem für die Ordnungsanstrengungen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie.

Diese Gesellschaft bestand indes nicht nur aus Klassen. Vielmehr gab es weitere soziale Gruppen zu entdecken, die aber, da sie nicht durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln definiert waren oder keine »großen Menschengruppen« darstellten, nicht als »Klasse« bezeichnet werden konnten. Die wichtigste Kategorie hier war die der *Schicht*: ein Begriff, der für Uneindeutigkeit stand. Er meinte zwar auch große Menschengruppen, die aber, da sie kein eindeutiges Verhältnis zu den Produktionsmitteln hatten, auch kein einheitliches Bewußtsein haben konnten. Die bedeutendste – und häufig auch einzig so bezeichnete – Schicht war die Intelligenz. Sie stellte ein weiteres und zunehmend mehr in den Mittelpunkt rückendes gesellschaftstheoretisches Problem dar. Es war schließlich nicht ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln (unter denen nicht Dinge wie Bildung oder Wissen, sondern Fabriken und Äcker verstanden wurden), das sie ausmachte, und deshalb konnte sie kein einheitliches (Klassen-)Bewußtsein haben. Aber die besondere Qualifikation und die damit gegebene Fähigkeit zu Leitung, Steuerung und Reflexion zeichneten sie offenkundig doch durch gemeinsame Kriterien aus und

10 Diese Vorstellung von einer immer weiter gehenden Annäherung, die irgendwann zu einem Ende einer Ungleichheitsgesellschaft führen würde, war beileibe nicht nur eine sozialistische Vorstellung. Vgl. dazu die Überlegungen von Christiane Reinecke in diesem Band, S.224–233.

machten sie zu einer wichtigen Gruppe der sozialistischen Gesellschaft. Die marxistisch-leninistische Theorie argumentierte folgendermaßen: Während in der kapitalistischen Klassengesellschaft die Intelligenz dem Hauptwiderspruch des Klassenkampfes gemäß zerrissen und als Teil ihrer jeweiligen Klasse agierte, musste sie im Sozialismus eine andere soziale Form und Funktion haben.

Mit der Aufhebung des Klassengegensatzes hört natürlich dieses die Intelligenz auseinanderreißende Kraftfeld auf zu wirken. Diejenigen Faktoren sozialer Ungleichheit, die gegenüber sozialen Unterschieden in den Arbeits- und Lebensbedingungen in der kapitalistischen Gesellschaft primär sind, existieren nicht mehr. Damit erlangen die letzteren sozialen Unterschiede einen anderen Rang; sie rücken an die erste Stelle – nicht, weil sie sich in der sozialistischen Gesellschaft herausgebildet und verschärft hätten, sondern weil die vordem übergeordneten und sie in den Hintergrund drängenden Ungleichheiten verschwunden sind.¹¹

Die Intelligenz zeichnete sich insofern durch eine spezifische Funktion für die sozialistische Gesellschaft aus, und ihr wurde – da die Entwicklung des Sozialismus wesentlich auf der Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Produktivkräfte beruhen sollte – eine zunehmende Führungsrolle zugestanden (die indes nicht mit der Führungsrolle der Arbeiterklasse konfliktieren durfte). Andererseits widersprach diese Sonderrolle der Intelligenz dem Telos der zunehmenden Einheitlichkeit der Lebensführung wie auch der propagierten Führungsrolle der Arbeiterklasse, insbesondere auch deshalb, weil die empirische Forschung nicht nur in der DDR, sondern auch in allen kommunistischen Ländern ein extensives Wachstum der Intelligenz festgestellt hatte. Verschiedene – mehr oder weniger heterodoxe – Forscher propagierten gar die Intelligenz als die kommende führende Klasse.¹² Man behalf sich damit, dass man einerseits den Begriff der Intelligenz nicht nur auf alle Hochschul- und Fachhochschulabsolventen ausweitete, sondern dass man auch der nichtakademischen, qualifizierten Schicht der Arbeiterklasse, v.a. den spezialisierten Facharbeitern, eine Annäherung an die Intelligenz attestierte. Doch bedeutete das

11 Manfred Lötsch, »Die Intelligenz in der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft (posthumes MS-Fragment)«, in: *Die Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung. Beiträge zu einem Kolloquium in memoriam Manfred Lötsch*, hrsg. von Ingrid Lötsch & Hansgünter Meyer (Berlin: trafo Verlag, 1998), S. 319.

12 Vgl. Solga, *Klassenlose Gesellschaft*, a. a. O. (Anm. 4), S. 50 f.

nicht umgekehrt eine Infragestellung der Einheitlichkeit der Arbeiterklasse? Wie man es auch wendete: das Ziel der Homogenität der Gesellschaft vertrug sich nicht gut mit der vorgefundenen Differenziertheit der Gesellschaft, ebenso wenig aber mit dem Ziel der Fortschrittlichkeit.

Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern sowie die Schicht der Intelligenz: Dies ergab »das generelle Klassenparadigma der sozialistischen Gesellschaft«,¹³ nicht nur in Deutschland. Allerdings muss erwähnt werden, dass es noch weitere Gruppen aufzuspüren gab: Schließlich gab es ja noch private Handwerker und kleine Gewerbetreibende. Sie hatten zwar ein gänzlich anderes Verhältnis zu den Produktionsmitteln, weil diese ihr Eigentum darstellten. Weil sie aber keine *großen* Menschengruppen waren, wurden sie vernachlässigt. Unter der Bezeichnung »soziale Gruppen« wurden sie als Überbleibsel der kapitalistischen Klassengesellschaft gedeutet, deren Ende absehbar sei. Im Modell von zwei Klassen und einer Schicht wurden sie meist übersehen. Ähnlich erging es den Genossenschaftshandwerkern, die in manchen frühen Diskussionen der DDR-Klassenstruktur als eigene Schicht erscheinen, weil sie zwar ebenfalls kollektive Eigentümer der Produktionsmittel waren, aber für sich und nicht im Kollektiv arbeiteten.¹⁴ Auch andere Modelle waren im Umlauf, die, wie etwa der Berliner Soziologe Holger Michaelis in einer Dissertation von 1972, tatsächlich noch eine »Mittelklasse« zu entdecken vermeinten.¹⁵

Das »Zwei Klassen/ Eine Schicht«-Modell war also insgesamt eine Vereinfachung und eher so etwas wie eine Arbeitshypothese jeder Sozialforschung in der DDR. In jedem Fall hat man aber Modelle vor sich, die – anders etwa als die soziologische Schichtungstheorie – diskrete gesellschaftliche Formationen unterschiedlicher Konstruktion aufwiesen, die zueinander nicht in einem Kontinuum (etwa nach einem vertikalen Muster) zu ordnen waren. Eine Schichtungspyramide wäre in der DDR nicht vorstellbar gewesen. Trotzdem wiesen all diese Modelle eine normative Hierarchie auf, das »Zwei Klassen/ Eine Schicht«-Modell allen voran.

13 Solga, *Klassenlose Gesellschaft*, a. a. O. (Anm. 4), S. 27.

14 Kurt Lungwitz, *Über die Klassenstruktur der Deutschen Demokratischen Republik. Eine sozialökonomisch-statistische Untersuchung* (Berlin (DDR): Verlag Die Wirtschaft, 1962), S. 111 f.

15 Holger Michaelis, *Die soziale Mobilität von Leitern in sozialistischen Industriebetrieben*, Diss. Berlin (DDR) 1972 (Norderstedt: GRIN Verlag, 2009 [Neuveröffentlichung]), S. 105.

Denn die nunmehr herrschende, die Arbeiterklasse, war, so hieß es, durch Einheitlichkeit von Lebensbedingungen und Einstellungen gekennzeichnet, und den anderen sozialen Gruppen wurde eine immer stärkere Annäherung an die Lebensweise der Arbeiterklasse, die die prototypische »sozialistische Lebensweise« verkörpern sollte, attestiert – zwar nicht empirisch, aber immerhin theoretisch. Der Begriff der sozialen Mobilität war in dieser Kultur der Einheitlichkeit nur mehr schwer unterzubringen, eine vertikale Ungleichheitsstruktur ließ sich daraus ebenso wenig destillieren. Vielmehr wurden, auch in graphischen Darstellungen, die verschiedenen sozialen Gruppen immer quasi ständisch nebeneinander angeordnet. Vertikale Ungleichheit war mehr oder weniger ein Tabu in der DDR – trotz des herrschenden Klassenbegriffs. Im Gegenteil: Das in der westlichen Soziologie vorherrschende, als relativ durchlässig charakterisierte Schichtenmodell wurde auch von heterodoxen DDR-Soziologen als eine Verschleierung der wahren Ungleichheitsstruktur kritisiert, die ja schließlich in der fundamentalen Unterscheidung von Besitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln bestehe.¹⁶ In der DDR-Soziologie nahm man dennoch auch eine Differenzierung nach Berufsstrukturen und Wirtschaftsbereichen vor: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen/ Stellung im Beruf/ Eigentumsformen der Betriebe. In der Logik der Gesellschaftsbeschreibung der DDR erwies diese Klassifizierung ebenfalls eine »Ordnung des Nebeneinander« und eine Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Tätigkeiten. Sie legte mehr Vielfalt nahe als das reine Klassen/Schichten-Modell, war aber in viel höherem Maß deskriptiv und weniger theoriefähig als die Beschreibung nach Klassen und Schichten. Gemeinsam war all diesen Beschreibungen, dass sie die Stellung sozialer Gruppen und der ihnen angehörenden Individuen nach ihrer Stellung im *Produktionsprozess* bestimmten. Das Paradigma der Arbeitsgesellschaft war grundlegend für die Vorstellung von sozialer Ungleichheit, Erwerbstätigkeit entschied über die Stellung in der Gesellschaft. Am Horizont stand eine homogene Gesellschaft der Gleichen, und mehr Gleichheit war ein Indiz für mehr Fortschritt, sprich: Entwicklung des Sozialismus. Während in westlichen Modellen zunehmende Differenzierung als Metapher für die Fortgeschrittenheit einer Gesellschaft stand, konstruierte

16 Manfred Lötsch & Joachim Freitag, »Sozialstruktur und soziale Mobilität«, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* (1981), S. 84–101.

Ulbrichts Begriff der »sozialistischen Menschengemeinschaft« eine volksgemeinschaftsartige, harmonistische Gesellschaftsidee, die sich gerade durch Entdifferenzierung auszeichnete.¹⁷ Dieses Telos der zunehmenden Gleichheit galt als Dogma im gesamten kommunistischen Ostblock, wo der DDR und Ungarn in der Diskussion der späten 1970er Jahre von den Nachbarn der größte »Nachholbedarf« an Gleichheit attestiert wurde – also denjenigen Ländern, die die höchste Produktivität und die größte Weltmarktfähigkeit aufwiesen.¹⁸ Hier zeigten sich, blockgebunden, sehr unterschiedliche Vorannahmen über die Kriterien einer »guten Gesellschaft«.

Das »Zwei Klassen/ Eine Schicht-Modell« ist von Sozialforschern nach dem Ende der DDR als eine Konstruktion des Spätstalinismus beschrieben worden, um die führende Rolle der Arbeiterklasse – also der Funktionäre des SED-Staates – festzuschreiben, denn es war nicht ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse und deren Avantgarde, die Partei, zu denken.¹⁹ Es war freilich mehr als das: eine Gesellschaftsvision, die am Ende eine glückliche Gesellschaft ohne innere Unterscheidungen erwartete. Die semantischen Probleme bei der Gesellschaftsbeschreibung waren indes unübersehbar und verwiesen auf theoretische Klassifikationsprobleme: *Klasse* waren diejenigen, die qua objektiver Position in einer gesellschaftlichen Zentrallage waren. Demgegenüber wurde der Begriff der *Schicht*, der semantisch ebenfalls eine vertikale Struktur nahelegt (denn Schichten liegen übereinander), für eine soziale Gruppe benutzt, die sich zwar durch ähnliche soziale Lagen auszeichnete, deshalb aber noch lange nicht zu einem einheitlichen Bewusstsein gelangt war. Der Begriff wies Anklänge an das traditionelle Konzept von »Mittelschichten« auf, die gemäß traditioneller marxistischer Lehre sich eben durch das Fehlen von Klassenbewusstsein auszeichneten. Schichten waren in einer Zwischenposition, und gemäß marxistischer Geschichtsphilosophie

17 Vgl. Heinz Gambke u.a., *Auf dem Wege zur sozialistischen Menschengemeinschaft* (Berlin (DDR): Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1969).

18 Vgl. Hans Röder, »Im Zwiespalt zwischen sozialer Gleichheit und wirtschaftlicher Effizienz«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 109–134, insbes. S. 117.

19 Hansgünter Meyer, »Über Soziologie und Sozialstruktur in der DDR«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 61–102, insbes. S. 74.

würden sie irgendwann verschwinden.²⁰ Nach marxistisch-leninistischer Vorstellung würde die Intelligenz irgendwann auch insofern in der Arbeiterklasse aufgehen, als die Arbeiter selber Intelligenz werden würden, so umfassend und vielfältig qualifiziert, dass sie zu den unterschiedlichsten beruflichen Tätigkeiten befähigt sein würden.

Es zeigte sich also nicht nur in empirischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht ein widersprüchliches Bild von gesellschaftlichen Strukturen. Diese inneren theoretischen Widersprüche, die sich letztlich daraus ergaben, dass der Begriffsapparat von Marx und Engels, der auf die ihnen empirisch bekannte bürgerliche Gesellschaft gemünzt gewesen war, auch für die sozialistische Gesellschaft erhalten musste, waren nur schwer lösbar. Sie bedingten bei den Soziologen, die damit hantieren mussten, eine ständige Camouflage, legitimierende Zitate von Marx, Engels oder Lenin und eine semantische Umformung von Konzepten, die, im Allgemeinen westlicher Provenienz, ideologisch verdächtig schienen. In überraschend hohem Maß haben DDR-Soziologen die westliche Soziologie zur Kenntnis genommen, jedenfalls die deutsche und die angelsächsische. Sie haben sie aber meist in einer anderen Semantik benutzt und durch – womöglich gewollte – Missverständnisse für die DDR-Praxis »passend« gemacht. Die meisten zentralen Begriffe der »bürgerlichen Soziologie« tauchen nicht auf; die Problembeschreibungen mussten sich hinter einem Wald von Lobpreisungen der SED und unverdächtigen Formulierungen verstecken. Dennoch wird man der Soziologie der DDR attestieren können, dass sie seit den sechziger Jahren ein Bild der DDR-Gesellschaft entwickelte, das näher an der Realität als am Wunschbild der SED war, das aber wohl genau deshalb immer weniger zur Kenntnis genommen wurde.²¹

20 Vgl. die Diskussion des Schichtbegriffs bei Manfred Lötsch, »Die Intelligenz – zum Wesen einer sozialen Schicht«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 283–315, insbes. S. 286–291.

21 Vgl. hierzu Reinecke, »Fragen«, a. a. O. (Anm. 4), S. 332 ff. mit der These, dass die Befunde der Soziologie in den 1980er Jahren von den entscheidenden Stellen des SED-Staates aus Realitätsverweigerung nicht mehr rezipiert wurden.

2. Die Anfänge der Empirischen Sozialforschung in der DDR

Wenn die DDR-Soziologie eine Praxiswissenschaft war, dann verwundert es nicht, dass die erste Untersuchung der DDR-Sozialstruktur von einem Sozialstatistiker in der staatlichen Verwaltung stammte. Kurt Lungwitz war in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR für die Bevölkerungsstatistik verantwortlich und hatte die erste Volks- und Berufszählung der DDR vorbereitet, die nach langen Vorarbeiten 1964 stattfand.²² Ganz unverstellt arbeitete Lungwitz Lenins Klassentheorie von 1921 zu einem operationalisierten Schema sozialer Ungleichheit aus.²³ Lungwitz, der später den ersten Lehrstuhl für Demographie an der Humboldt-Universität übernahm, verstand sich als Demograph und versuchte, Marx' damals gegen Malthus gerichtete Hypothese, dass jede Produktionsweise über ihr eigenes Bevölkerungsgesetz verfügte, am Sozialismus nachzuweisen. Ein autochthones Interesse an sozialen Strukturen und sozialer Ungleichheit hatte er nicht.

Ein solches entstand erst mit dem politischen Auftrag. 1964 ordnete das Politbüro an, dass unter dem Rubrum »soziologische Massenforschung« insbesondere die Auswirkungen der technischen Revolution auf die Sozialstruktur zu untersuchen seien.²⁴ In schneller Abfolge wurden nun Institutionen gegründet, die jeweils bestimmten, für die Planung und Organisation der Gesellschaft wichtigen Fragen nachgingen: Das Institut für Meinungsforschung (1964), das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung (1966), sowie Institutionen bei der Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die die Forschung koordinierten, und das heißt immer: kontrollierten. Als am fruchtbarsten erwies sich die 1963 am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften eingerichtete »Arbeitsgruppe Soziologie«, deren Leiter Kurt Braunreuther als Nestor der DDR-Soziologie gelten kann. In seiner Arbeitsgruppe tauchten die

22 Lungwitz, *Klassenstruktur*, a. a. O. (Anm. 14).

23 Vgl. das Schema in: Helmut Steiner, »Von den Anfängen der DDR-Sozialstrukturforschung. Erfahrungen und Grundlagen«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 25–60, insbes. S. 29.

24 Manfred Krause, »Sozialwissenschaften unter SED-Parteihegemonie«, in: *Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern*, hrsg. von Heinrich Best (Berlin & Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, 1992), S. 13–46.

meisten der einschlägigen Soziologen auf, wurden zentrale theoretische Überlegungen getätigt und empirische Untersuchungen konzipiert. Ein wichtiges Moment scheint die generationale Nähe der Forscher gewesen zu sein. Die meisten waren Geburtsjahrgänge der 1930er Jahre, die den Krieg und die Umbrüche nach 1945 in ihren formativen Jahren mitbekommen hatten und den Aufbau des Sozialismus emphatisch unterstützten – also genau diejenige Gruppe, die in der DDR nach 1961 einen großen Teil der maßgeblichen Elite stellte.²⁵ Zu dieser Zeit gab es schon vereinzelte selbständige Untersuchungen zur Sozialstruktur, die meist in Unternehmen und betriebssoziologisch orientiert durchgeführt wurden.²⁶ An sie schlossen die Soziologen der Braunreuther-Gruppe an. Es ging vorrangig um Arbeits-, später um Lebensbedingungen im Sozialismus; erst langsam entwickelte sich daraus die Frage nach sozialer Differenzierung und den damit einhergehenden gesellschaftstheoretischen Optionen.

Die bedeutendste frühe empirische Studie, die soziale Ungleichheit in den Blick nahm, war die von Kurt Braunreuther und Helmut Steiner 1965 verantwortete Mobilitätsuntersuchung.²⁷ Steiner, der vorher über westdeutsche Angestellte gearbeitet hatte, war der erste, der versuchte, der »vollständigen Tabuisierung jeglicher vertikaler Strukturdimensionen in der Gesellschaft« zu entgegen.²⁸ Darüber hinaus war er der Ansicht, dass die pointierte Frage nach der sozialen *Struktur*, wie sie von oben

25 Vgl. Mary Fulbrook, »Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten«, in: *Die DDR aus generationsgeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur*, hrsg. von Annetegret Schüle, Thomas Ahbe & Rainer Gries (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2006), S. 113–130. Zu Konflikten in dieser Kohorte vgl. Laatz, *Klassenstruktur*, a. a. O. (Anm. 4), S. 26 f.

26 Hierzu, wie auch zum Gesamtzusammenhang: Steiner, »DDR-Sozialstrukturforschung«, a. a. O. (Anm. 23), S. 27 und S. 29. Auch: Laatz, *Klassenstruktur*, a. a. O. (Anm. 4).

27 Zum folgenden: Steiner, »DDR-Sozialstrukturforschung«, a. a. O. (Anm. 23). Solga, *Klassenlose Gesellschaft*, a. a. O. (Anm. 4), S. 23 f.

28 Helmut Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland* (Berlin (DDR): Dietz Verlag, 1967). Überblick über die Mobilitätsuntersuchung und historische Einordnung: Helmut Steiner, »Aufbruch, Leistungen und Defizite der DDR-Soziologie: die sechziger Jahre«, in: *Soziologie und Soziologen im Übergang*, hrsg. von Hans Bertram (Opladen: Leske und Budrich, 1997), S. 223–262, insbes. S. 250 ff. Zu Steiner, der 2009 starb, jetzt eine Auswahl seiner Schriften mit einer biographischen Kontextualisierung: Gustav-

gewünscht wurde, die Dynamik zu übersehen pflegte und die Gesellschaft »stillstellte«; er interessierte sich deshalb vor allem für Fragen der sozialen Mobilität. Seine heuristische Strategie bestand darin, sich nicht vorrangig am Kriterium »Eigentum« zu orientieren, das bisher die Fragen nach der Sozialstruktur dominiert hatte, sondern den Begriff der Macht zu operationalisieren, etwa, indem als eine Dimension für Mobilität das Kriterium »Dispositionsbefugnis« eingeführt wurde. Die Frage nach dem Zusammenhang von Macht und Qualifikation ergab sich daraus zwingend. In einer Gesellschaft, die das Eigentum an Produktionsmitteln abgeschafft hatte, musste es andere Kriterien geben, um soziale Ungleichheit zu beschreiben, und mehr und mehr rückte die Frage nach Bildungsqualifikationen in den Mittelpunkt. Steiner bezog deshalb auch bewusst »gesellschaftliche Führungsgruppen« als eigene Gruppen in die Untersuchung mit ein. Schließlich versuchte die Studie, vertikale Ungleichheit zu erfassen, indem sie sich Formen der Selbstbeobachtung zuwandte: Mit Hilfe von Berufs- und Sozialprestige-Skalen sollte die Wahrnehmung von gesellschaftlicher Differenzierung erfragt werden: Wen halten die Menschen für oben, wen für unten stehend?²⁹

Das Ergebnis der Erfragung des Sozialprestiges war überraschend: Verschiedene soziale Gruppen (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Facharbeiter, Fachhochschulabsolventen) stimmten in ihren Skalen weitgehend überein. Die bestangesehenen Berufe waren: Arzt, Universitätsprofessor, Diplomingenieur, Werksdirektor. Auch am Ende der Skala fand sich eine hohe Übereinstimmung: Pastor (!), PGH-Mitglied, Friseur, hauptamtlicher FDJ-Sekretär (!), ungelerner Arbeiter.³⁰ Charakteristisch an diesen Urteilen war die Hervorhebung der Bedeutung von Bildung ebenso wie die Geringschätzung von Dienstleistungsberufen, wogegen technische Berufe im Produktionssektor hoch gewertet wurden. Deutlich wurde, dass die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft von den Menschen nicht geteilt wurde, dass auch keineswegs die Arbeiterklasse das höchste Prestige genoss, sondern bürgerliche Berufe, und dass ebenso die Funktionäre des SED-Staates keine besondere Anerkennung erfuhren.

Wilhelm Bathke & Hansgünter Meyer (Hg.), *Klassengesellschaft im Umbruch. Soziale Mobilitätsprozesse in der DDR-Gesellschaft* (Berlin: edition sigma, 2010).

29 Steiner, »DDR-Sozialstrukturforschung«, a. a. O. (Anm. 23), S. 39.

30 Vgl. die Skala ebd., S. 43.

Allerdings gab es auch Kritik seitens der Befragten, die deutlich machte, dass die harmonistische Vision der »sozialistischen Menschengemeinschaft« durchaus eine Vorstellung war, die die Menschen ergriff. Einer äußerte:

Seit wann kann man, besonders in einem Arbeiter- und Bauern-Staat, von mehr oder weniger »angesehenen« Berufen sprechen? Jeder arbeitende Mensch leistet in seinem Beruf einen Beitrag zum Aufbau des Staates, folglich müsste jeder Beruf gleich »angesehen« sein. Außerdem hatte ich bisher etwas andere Vorstellung von wissenschaftlicher Arbeit, die meiner Meinung nach in erster Linie die Aufgabe hat, nützlich zu sein. Oder will man mit dieser Meinungsumfrage ergründen, wieviel Kleinbürger es in der DDR noch gibt?³¹

Und noch etwas überraschte an den Ergebnissen der Mobilitätsstudie: Sie war weitgehend kompatibel mit anderen Befunden, auch außerhalb des sozialistischen Gesellschaftsmodells. Eine 1972 durchgeführte Befragung von DDR-Flüchtlingen in der Bundesrepublik kam zu ganz ähnlichen Ergebnissen.³² Gleiches kann für eine Ende der 1970er Jahre durchgeführte vergleichende Untersuchung zu Finnland und Polen gelten.³³ Die Vorstellungen, nach denen die Menschen ihre Gesellschaft ordneten, stimmten offenbar nations- und blockübergreifend weitgehend überein; sie basierten auf einer breit geteilten Vorstellung von sozialer Ungleichheit und sozialem Prestige, konnten dafür recht präzise Kategorien angeben und dachten in einem »Oben-Unten«-Raster.

Politisch waren die Ergebnisse nicht gern gesehen. Steiner verfasste 1967 eine Monographie »Zur Sozialstruktur der DDR«, die – in Konflikt mit dem propagierten Ideal der Sozialistischen Menschengemeinschaft – erstmals (theoretisch) die reale soziale Differenzierung der DDR und die innere sozioökonomische Gliederung der Arbeiterklasse untersuchte, die aber nicht veröffentlicht werden durfte.³⁴ Allerdings gab es eine Reihe von Folgeuntersuchungen, die nun den Begriff der sozialen Mobilität stärker in den Mittelpunkt stellten, dabei aber immer betonten, dass man darun-

31 Ebd., S. 45. Vgl. Reinecke, »Fragen«, a. a. O. (Anm. 4), S. 325 f.

32 Christian Tesch, *Die Prestigeordnung der Berufe als Maßstab sozialer Wertvorstellungen in der DDR* (Hamburg: [Akademie für Staatsmedizin] 1972).

33 Eric Allardt & Włodzimierz Weselowski (Hrsg.), *Social Structure and Change. Finland and Poland* (Warschau: Polish Scientific Publishers, 1980).

34 Vgl. den Bathke & Meyer, *Klassengesellschaft* (wie Anm. 28), S. 34 ff. sowie den ausschnittweisen Abdruck von Steiners Überlegungen: a. a. O. S. 163 ff..

ter nicht den westlichen Begriff von Mobilität verstehen dürfe, wo die Menschen blind durcheinander gewirbelt würden, sondern dass es um eine Optimierung des Einsatzes von Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Nutzen der Gesellschaft gehen müsse.³⁵ Auffällig ist an diesen Analysen, wie genau darin offensichtlich die zu dieser Zeit in Westdeutschland und den USA betriebenen Studien zu sozialer Mobilität und Elitenzirkulation studiert wurden. Wolfgang Zapf, Karl Martin Bolte und Seymour Lipset waren in der DDR-Soziologie alles andere als unbekannt.

3. Soziale Ungleichheit als soziologisches Problem

Dieser Bedeutungszuwachs der Ungleichheitsforschung fiel zusammen mit dem Beginn der Ära Honecker, und das war kein Zufall. Die Ulbricht-sche Harmoniefigur der sozialistischen Menschengemeinschaft mit dem Telos der möglichen Gleichheit gelangte an ein Ende; die von Honecker propagierte Politik der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« setzte mehr als zuvor auf Leistungsanreize und Konsumbelohnungen und damit auf die Zulassung von Unterschieden im Interesse von (individueller und kollektiver) Leistung. Nun setzte sich der Begriff der sozialistischen Klassengesellschaft durch, die von einer inneren Differenzierung auch der sozialistischen Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse ebenso ausging wie sie von einem Postulat der Annäherung, mithin des zu erwartenden Abbaus der Differenzierung gekennzeichnet sein sollte. Dennoch blieb die Lage kompliziert für eine empirische Ungleichheitsforschung. Die meisten der Untersuchungen wurden nie veröffentlicht, sondern blieben im Giftschränk der Akademie als Manuskripte hängen.

Allerdings begann sich in der Wissenschaft doch langsam ein Bewusstsein von der Produktivität sozialer Ungleichheit abzuzeichnen. Vor allem die Braunreuther-Schüler Manfred Lötsch und Hansgünter Meyer

35 Michaelis, *Die soziale Mobilität*, a. a. O. (Anm. 15), S. 3 f.; vgl. auch: Peter Armélin, »Einige Fragen des Zusammenhangs von sozialer Struktur und sozialer Mobilität«, in: *Soziologie im Sozialismus*, hrsg. vom Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Berlin: Dietz Verlag 1970), S. 430–431; Georg Aßmann & Horst Berger, *Zur soziologischen Analyse von Leitern in der sozialistischen Industrie*, (Berlin (DDR): Habil. Humboldt-Univ., 1968).

machten sich ihre Erforschung zur Aufgabe. Ihr Versuch, marxistisch-leninistische Kategorien mit Denkfiguren der »bürgerlichen« Soziologie zu vereinbaren, blieb eine Gratwanderung. Ihre gemeinsame Habilitationsschrift von 1969 wurde zwar angenommen, das daraus resultierende Buch («Organisation»), das eine organisationssoziologisch inspirierte Grundlegung der DDR-Gesellschaftsstruktur lieferte, wurde jedoch vor seinem Erscheinen eingestampft. 1974 wurde Hansgünter Meyer an der Akademie kaltgestellt, als Leiter der Arbeitsgruppe Soziologie abgesetzt und in eine andere Abteilung versetzt. Lötsch, der schon vorher als wissenschaftlicher Abweichter in die Produktion geschickt worden war, hielt den Kontakt mit ihm. 1979 wurde er dennoch Professor für Soziologie an der HU und konzentrierte sich nun auf seine sozialstrukturellen Forschungen mit Focus auf Elitenprobleme, immer unter den misstrauischen Augen der wissenschaftlichen und politischen Nomenklatura. 1983 wurde Lötschs Schrift »Die Intelligenz – zum Wesen einer sozialen Schicht« von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften ohne Begründung als Publikation abgelehnt.³⁶ Trotzdem galt Lötsch seit den 1970er Jahren als wichtigster Sozialstrukturforscher der DDR, und seine Ansätze wurden in den 1980er Jahren auch im Westen rezipiert.

Die von beiden Forschern inaugurierten Forschungen versuchten, in ihrem Begriffsapparat wie auch methodisch die soziale Ungleichheit als soziologisch legitim zu etablieren und politisch mit Potential auszustatten. Das geschah mit theoretischem Rückgriff auf etablierte Denkfiguren der »bürgerlichen Soziologie«, die in charakteristischen Umformungen dem Denken der DDR-Gesellschaft »passend« gemacht wurden. Die Forschungen zur Sozialstruktur zeichneten sich durch eine frühe Aufnahme der Systemtheorie in einer charakteristischen kybernetischen Färbung aus. An der Systemtheorie zeigt sich das ambivalente Verhältnis, das die kommunistischen Obrigkeiten zu westlichen Theorieentwürfen hatten. Sie war einerseits in der marxistisch-leninistischen Sozialwissenschaft eigentlich nicht wohl gelitten, weil sie nicht stratifikatorisch argumentierte und die Pyramiden von Ungleichheit und Herrschaft, die zumindest

36 Das Manuskript ist teilweise abgedruckt in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 267–336. Dieser Band enthält nicht nur Beiträge, die sich mit Vita und Werk Lötschs auseinandersetzen, sondern auch einige Originalarbeiten Lötschs, die in der DDR nicht gedruckt werden dürfen.

den kapitalistischen Gesellschaften unterstellt wurden, in ihr keinen Platz hatten. Andererseits kam die Systemtheorie mit ihrer Prämisse der operativ geschlossenen Systeme der Wunschvorstellung entgegen, dass die sozialistischen Systeme sich in Abgeschlossenheit von den kapitalistischen Systemen entwickelten. Gleichzeitig aber war die Systemtheorie mit der Idee in Übereinstimmung zu bringen, dass die sozialistische Gesellschaft ihrerseits mit stratifikatorischen Kategorien nicht mehr zu begreifen sei. Der hier geltende Antagonismus von oben und unten konnte den Sozialismus nicht beschreiben, und Lötsch hat intensiv die Argumentationsfigur genutzt, dass stratifikatorische Muster für die sozialistische Gesellschaft theoretisch nicht hinreichend seien.³⁷ Man könnte auch sagen: die egalisierende Semantik der Systemtheorie leistete ihrer Rezeption in der sozialistischen Wissenschaft Vorschub. Problemlos ging den politischen Strategen, die den »Zentralen Forschungsplan« 1968 formulierten, eine Formulierung über die Lippen wie »das gesellschaftliche System des Sozialismus als Ganzes und in seinen Teilsystemen«.³⁸ Dass es in diesem Zusammenhang zu begrifflichen Missverständnissen und Umformulierungen kam und zwischen Gesellschaftssystemen in einem alltagsweltlichen Sinn und Funktionssystemen in theoretisch strenger Begrifflichkeit nicht immer genau unterschieden wurde, war womöglich durchaus Absicht. Manchmal scheint es, als ob gerade Lötsch mit dem Systembegriff so spielte, dass er von der sozialistischen Obrigkeit angenommen werden konnte, obwohl er theoretisch erhebliche Sprengkraft barg.

Überzeugend wurde der Systembegriff vor allem in der Aufnahme kybernetischer Denkfiguren. Kybernetik war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur im Westen eine Leitwissenschaft, sondern mindestens ebenso sehr in den sozialistischen Gesellschaften.³⁹ Die Vorstellung, dass Systeme

37 Ironie der Wissenschaftsgeschichte, dass Luhmanns Polemik gegen stratifikatorische Modelle genauso, nur von der anderen Seite her, argumentierte: sie seien Denkmuster der Vormoderne und könnten für die (bürgerlich gedachte) Moderne nicht mehr in Anschlag kommen.

38 *Zentraler Forschungsplan 1968*, S. 1456, zit. n. Laatz, *Klassenstruktur*, a. a. O. (Anm. 4), S. 12 f.

39 Vgl. Frank Dittmann & Rudolf Seising (Hrsg.), *Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR* (Berlin: trafo Verlag, 2007).

durch Information gesteuert würden, dass Regelkreise und Selbststeuerung die Weiterentwicklung von Systemen bestimmten, traf auf die in der durchherrschten Gesellschaft selbstverständliche Idee, dass man die Sache natürlich nicht sich selbst überlassen könne. »Steuerung« war als Metapher gesellschaftlicher Prozesse im Sozialismus auch dann vermittelbar, wenn die Kybernetik an sich energisch auf *Selbst*-Steuerung drängte. Die Selbststeuerung der Arbeitergesellschaft war kein Widerspruch, weil sie die Steuerung durch die (Funktionäre der herrschenden) Arbeiterpartei meinte. »Demokratische« Semantiken waren in der kybernetischen Systemtheorie ohne weiteres mit der Führungsrolle der Arbeiterklasse vereinbar – jedenfalls, so lange der Primat des Marxismus-Leninismus nicht angetastet wurde.⁴⁰ In den 1970er Jahren wurde in einer »Kampagne« die Bedeutung von Kybernetik und Systemtheorie als Konzept gesellschaftlicher Organisation wieder zurückgeschraubt; in vielen soziologischen Überlegungen aber spielten sie weiterhin eine Rolle.⁴¹

Es war vor allem Manfred Lötsch, der in seinen vielen Schriften, von denen nur wenige publiziert, die meisten aber intensiv in der Community diskutiert wurden, der Frage nach der Funktionalität von Gleichheit und Ungleichheit nachging. Für ihn war der Zentralbegriff der Systemtheorie der der *Funktion*. Er unterschied scharf zwischen funktionalen und dysfunktionalen Unterschieden, ebenso wie zwischen funktionaler und dysfunktionaler Gleichheit. Gleichheit, so argumentierte er, sei nicht von sich aus ein Zielbegriff. Zwar sei soziale Gleichheit als politisches Fernziel anzustreben, auf dem Weg zu dieser, der kommunistischen Gesellschaft, seien aber soziale Unterschiede durchaus funktional, indem sie die Entwicklung dahin vorantrieben; denn nur über soziale Unterschiede könnte die ökonomische und technische Entwicklung forciert werden. Diese »Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede« anzuerkennen und zu nutzen sei eine wesentliche Aufgabe im Prozess des sozialistischen Fortschritts.⁴² Der Begriff der Triebkräfte entstammte der Geschichtstheorie des Histo-

40 Vgl. die kritischen Bemerkungen Kurt Hagers zur begrenzten Bedeutung der Kybernetik und Systemtheorie: Stefan Wolle, *Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968* (Berlin: Ch. Links Verlag, 2008), S. 39 f.

41 Heinz Liebscher, *Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie* (Münster: LIT Verlag, 1995).

42 Manfred Lötsch, »Sozialstruktur und Triebkräfte«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 267–281.

rischen Materialismus und bezeichnete die aus dialektischen Spannungen herrührende Dynamik der historischen Veränderung. Mit dem Begriff signalisierte Lötsch seine Anschlussfähigkeit an die orthodoxe Geschichtslehre des Marxismus-Leninismus.

Allerdings in anderer Ausdeutung. Die Triebkraftthese dachte von einem anderen theoretischen Bezug her als die marxistisch-leninistische Geschichtsphilosophie; sie konnte konzeptionelle Ähnlichkeiten zum Strukturfunktionalismus Parsonsscher Prägung nicht verbergen. Das funktionalistische Ungleichheitstheorem, das dahinter steckte, besagte, dass ungleiche individuelle Belohnungen für die volle Ausnutzung von Qualifikations- und Leistungspotentialen wirken und so Steuerungsfunktion übernehmen können.⁴³ Der Ansatz, dass Strukturen in ihren Funktionen leben und dass umgekehrt Dysfunktionalität Strukturen sprengen kann, bedingte natürlich die Annahme einer gewissen gesellschaftlichen Autonomie dieser Strukturen. Eine politisch gesteuerte Aufrechterhaltung dysfunktionaler Strukturen würde in dieser Optik dafür sorgen, dass immer weitergehende gesellschaftliche Disparitäten entstünden. Dies fand sich bei Lötsch immer in beide Richtungen formuliert: Es gab, so vertrat er, dysfunktionale Unterschiede, aber eben auch den dysfunktionalen *Abbau* von Unterschieden.

Die Triebkraftthese entfaltete enorme theoretische und auch praktische Sprengkraft. Denn genau genommen sagte sie nichts anderes als: wenn man am Ziel der Entwicklung des Sozialismus – an dessen Horizont durchaus die umfassende soziale Gleichheit stand – durch die Entwicklung der ökonomischen und technischen Kapazitäten festhalten wolle, wenn man mit dem Westen konkurrenzfähig bleiben wolle, dann müsse man soziale Differenzierung nicht nur zulassen, sondern sie geradezu als ein Stimulans gesellschaftlicher Dynamik pflegen. Denn einerseits rege sie das individuelle Interesse an der Verbesserung der eigenen Lage durch erhöhte Anstrengung an. Andererseits schaffe die Vielgestaltigkeit der Lebenslagen und Lebensentwürfe, die damit möglich würden, erhöhte Problemlösungskapazitäten und Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft.

43 Vgl. etwa: Davis Kingsley & Wilbert E. Moore, »Einige Prinzipien der sozialen Schichtung (1945)«, in: *Moderne amerikanische Soziologie*, hrsg. von Heinz Hartmann (Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, 1967), S. 345–357.

Erstmals thematisierte diese Forschungskonzeption die Frage nach den Antriebskräften sozialer Entwicklung, und sie machte sie, gut durkheimianisch, in der sozialen Differenzierung aus:

Strukturelle Differenzierungen sind [...] Ausdruck spezifischer gesellschaftlicher Beziehungen, die sowohl stimulierend (antreibend) auf die von ihnen bewirkten Entwicklungsprozesse wirken als auch u.U. eine widerspruchsvolle und/oder hemmende Wirkung haben, die planmäßig überwunden werden muss.⁴⁴

Wenn auch in Ambivalenz (die rhetorisch nie verschwand), so war doch damit die soziale Differenzierung als Moment sozialen Wandels beschrieben. Die Triebkraftthese wurde zur eigentlichen Botschaft der Sozialstrukturforschung, wie sie von Manfred Lötsch und Hansgünter Meyer betrieben wurde. Sie verkauften soziale Ungleichheit als einen Faktor der Entwicklung zum Sozialismus. Die von den beiden konzipierte »Sozialstrukturuntersuchung 1973« war die erste große empirische Studie, die die Differenziertheit der sozialen und beruflichen Struktur und nicht die Homogenität in den Mittelpunkt stellte und die in ihren Erklärungspotentialen von der Triebkraftthese inspiriert war. Die Differenziertheit sei, so Lötsch in seiner Darstellung der Forschungskonzeption, ebenso wie die Arbeitsteilung (also auch ein Moment der gesellschaftlichen Differenzierung) das »objektiv Materielle« einer Gesellschaft und deshalb in den Mittelpunkt zu stellen. In listiger Abwendung von der Homogenitätsidee vertraten die Autoren, dass »auch die Arbeiterklasse keine amorphe Ansammlung von Individuen von absolut gleicher sozialer Qualität ist« und machten die Komplexitätsannahme zum Ausgangspunkt, indem sie vertraten: »Der sozialistischen Gesellschaft ist eine komplizierte soziale Struktur eigen, die von bestimmendem Einfluss auf alle Entwicklungsprozesse ist.«⁴⁵ Es kam den DDR-Oberen entgegen, dass die entwickelte sozialistische Gesellschaft eben nicht simpel strukturiert sein könne. Homogenität wurde hier – als Effekt von Entdifferenzierung – zu einem Merkmal unterkomplexer Gesellschaften.

Die Versuchsanordnung spiegelte dieses neue Bekenntnis zur sozialistischen als einer komplexen und also differenzierten Gesellschaft wider. Die Sozialstrukturuntersuchung 1973 hatte es mit 11.000 Probanden zu tun, die nach 400 Items befragt wurden. Allein von der Masse der Daten

⁴⁴ »Forschungskonzeption 1971«, in: Laatz, *Klassenstruktur*, a. a. O. (Anm. 4), S. 139.

⁴⁵ Ebd.

her ergaben sich damit gravierende technische Probleme. Als die Daten zu Demonstrationszwecken ausgestellt wurden, bedeckte die Matrix eine Fläche von 6 qm:

Diese ungeheure Vielfalt sozialer Zustände, in der jedes Individuum [...] eine eigene Merkmalskonstellation bildet, hatte Lötsch vor Augen, wenn er sich über soziale Unterschiede äußerte.⁴⁶

Soziale Ungleichheit wurde also im Gewand der Differenzierung zu einem Merkmal der sozialistischen als einer modernen Gesellschaft.

Dass Gesellschaften dann »gute Gesellschaften« seien, wenn sie möglichst homogen seien, hatte die europäische Gesellschaft seit dem späten 19. Jahrhundert umgetrieben.⁴⁷ Nicht nur die kollektiven Zwangsordnungsphantasien von Bolschewismus und Faschismus, sondern auch die nationalstaatliche Ordnungspolitik des liberalen Europa, mit der staatlichen Sozialpolitik, der allgemeinen Wehrpflicht als »Schule der Nation«, der allgemeinen Schulpflicht oder der Standardisierung von Lebensläufen war von dieser Idee der Ähnlichkeit grundiert. Seit den 1960er Jahren, im Zeichen des Strukturwandels der Industriegesellschaft, der Überforderung des sorgenden Staates und der Emanzipation seiner Bürger im Zeichen von Individualisierung und Wertewandel hatte diese Vorstellung allerdings zunehmend an Faszination verloren und hatte einer Betonung der Kosten Platz gemacht. Wenn auch in anderem sprachlichen Gewand, so schwamm doch Lötschs Konzeption im Grunde auf der selben Welle. Sie wies Anklänge an die gleichzeitig sich etablierende Bildungssoziologie auf, die – durchaus im Einklang mit dem herrschenden Annäherungsdogma – nach schichtenspezifischen Sozialisationsbedingungen als Voraussetzung für spezifische Bildungs- und Berufskarrieren fragte.⁴⁸ Die Bildungssoziologie interessierte sich – übrigens ganz ähnlich wie die westdeutsche Sozialisations- und Bildungsforschung – für ungleiche Ausgangsbedingungen als Katalysatoren ungleicher Chancen,

46 Hansgünter Meyer, »Vorbemerkungen zu den posthumen Texten von Manfred Lötsch: Die Intelligenz – Zum Wesen einer sozialen Schicht«, in: Lötsch & Meyer, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 11), S. 251–266, S. 259.

47 Vgl. Thomas Mergel, »Die Sehnsucht nach Ähnlichkeit und die Erfahrung der Verschiedenheit. Überlegungen zu einer Europäischen Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert«, in: *AfS* 49 (2009), S. 417–434.

48 Vgl. hierzu Geißler, »Sozialstrukturforschung«, a. a. O. (Anm. 2), S. 530 ff.

thematisierte aber unter dem Einfluss der Triebkraft-These ebenfalls die sozialen Unterschiede als Ausfluss des Leistungsprinzips in einer (gerecht gedachten) DDR-Gesellschaft. Seit den späten 1960er Jahren nahm die DDR-Soziologie zumindest in ihren theoretischen Figuren von der homogenen Gesellschaft Abschied.

Politisch war die Forschungsstrategie nicht ohne Risiko. Die Frage nach der inneren Struktur der Arbeiterklasse war allein deshalb politisch verdächtig, weil die Arbeiterklasse als historisch fortschrittliche und also »einheitliche« Klasse galt. Wie noch ein 1989 erschienenes Lehrbuch über »Lebensniveau im Sozialismus« ausführte, war eben die *Einheitlichkeit* der Lebensweise der Arbeiterklasse der Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus, denn dort könne sich – wegen der antagonistischen Widersprüche – keine einheitliche Lebensweise des Volkes herausbilden. Im Proletariat jedoch sei die Einheitlichkeit der Lebensweise als Folge der gleichen Position zu den Produktionsmitteln weiter entwickelt. Die Einheitlichkeit der Lebensweise wurde als die Voraussetzung für die Herausbildung einer »Klasse für sich« verstanden und als unhintergehbare Fortschritt einer Gesellschaft gedacht:

Auf der Basis dieser neuen, revolutionär umgestalteten Bedingungen bildet sich eine in ihren Haupt- oder Wesenszügen einheitliche Lebensweise heraus. Die sozialistische Lebensweise baut auf den fortschrittlichen Traditionen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Klassen und Schichten auf.⁴⁹

Die Idee einer in sich differenzierten sozialistischen Gesellschaft wurde zwar zögernd auch bei der politischen Führung akzeptiert; aber es war ein Unterschied, ob man soziale Unterschiede in der sozialistischen Gesellschaft zähneknirschend zugestand oder ob man sie geradezu als Fortschrittsgaranten forderte. Lötsch und Meyer kamen in der Sozialstrukturuntersuchung diesen Bedenken dahingehend entgegen, dass sie das Frageraster umbauten: Bisher hatte die Erforschung sozialer Ungleichheit Fragen nach Eigentum (an Produktionsmitteln) und damit die Frage nach der Klassenlage impliziert. Nun fragten Lötsch und Meyer deutlich pointierter nach Arbeitsteilung, Bildung und Qualifikation – Eigentum, so argumentierten sie, könne angesichts vergesellschafteter Produktionsmittel keine Erklärungskraft für soziale Unterschiede mehr

⁴⁹ Autorenkollektiv unter Leitung von Gunter Manz, *Lebensniveau im Sozialismus* (Berlin (DDR): Verlag Die Wirtschaft, 1989²), S. 58 f.

beanspruchen. Es war, wenn man so möchte, die Leitungs- und Steuerungsfähigkeit und der Zugang zu den dafür notwendigen Ressourcen, die nun zum Grundmuster sozialer Ungleichheit gemacht wurden. Dahinter stand die Frage nach der Intelligenz als besonderer sozialer Gruppe im Sozialismus. Sie interessierte besonders Lötsch, weil er – auch hier meint man westliches Schrifttum rezipiert zu spüren – die Frage nach den Eliten zu einer Kardinalfrage der Funktionsfähigkeit von Gesellschaften erklärte.

Seit den 1970er Jahren hatte sich einerseits herausgestellt, dass ein großer Teil der solchermaßen breit beschriebenen Intelligenz an Arbeitsplätzen tätig war, die keineswegs als intelligenzspezifisch beschrieben werden konnten. Konnte man dies zwar als Ausdruck der Annäherung zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse deuten, so zeigte sich andererseits, dass die Tätigkeit vieler Facharbeiter sich von der der Intelligenz kaum unterschied, dass man also annehmen musste, dass das Niveau der Intelligenz – jedenfalls, was die an sie gestellten beruflichen Anforderungen anbetraf – nicht besonders hoch war: ein Problem für eine Gesellschaft, die sich als im steten wissenschaftlich-technischen Fortschritt befindlich sah.⁵⁰ Die geringe Wertschätzung für die Intelligenz schien sich aus solchen Unterforderungen beinahe automatisch zu ergeben. Faktisch sprachen die empirischen Ergebnisse in der etablierten begrifflichen Deutung für eine Nivellierung der Intelligenz und in der gegebenen Situation eben nicht für deren vorwärtstreibende Rolle.

In vieler Hinsicht war die Triebkraftthese speziell auf die Intelligenz bezogen und auf deren unterstellte Annäherung an die Arbeiterklasse. Man kann Lötschs Konzept so lesen: Die Annäherung zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz sei eine dysfunktionale Angleichung und deshalb schädlich für die Entwicklung des Sozialismus. Die Vorstellung, dass Wissenschaftler möglichst proletariatsnah arbeiten müssten (bis dahin, dass sie die Raumpflege ihrer Büros selber übernahmen), raube ihrer Arbeit die Effizienz, die aber notwendig sei, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Nicht soziale Annäherung, sondern vielmehr eine Ausprägung

50 Orthodoxe Soziologen argumentierten, dass sich darin die Befreiung der Arbeiterklasse von der rein körperlichen, hin zu einer auch geistig tätigen Klasse zeige. Weidig, »Soziologische Sozialstrukturforschung«, a. a. O. (Anm. 6), S. 43 ff.

des sozialen Profils, der spezifischen Tätigkeiten und Funktionen der Intelligenz seien am Platze.⁵¹

4. Das Dilemma der Sozialwissenschaftler

Die Untersuchung der sozialen Ungleichheit in der »bürgerlichen« Soziologie hat sich schon seit Max Weber und Emile Durkheim von der Vorstellung verabschiedet, die soziale Ungleichheit sei eine Krankheit der Gesellschaft und früher oder später zu überwinden, wenn diese Gesellschaft nicht, wie die Revolutionstheorien des Marxismus dies vorhersagten, daran zugrunde gehen wollte. Soziale Ungleichheit ist demgemäß nicht nur immer schon gegeben und also nicht aus der Welt zu schaffen; sie hat vielmehr auch eine wichtige Funktion für die Dynamik von modernen Gesellschaften. Freilich gibt es Formen und Ausmaße von sozialer Ungleichheit, die wiederum Entwicklungsdynamiken einschränken, etwa wenn große Gruppen der Bevölkerung qua Armut von der Teilnahme an der Konsumgesellschaft ausgeschlossen sind und deshalb die für Wachstum und technologische Innovation notwendige Nachfrage nicht generiert werden kann. Aber soziale Mobilität, das Schmiermittel einer sich stets verändernden Gesellschaft, ist definitionsgemäß nur in einer Gesellschaft der Ungleichheit möglich.

Diese Vorstellung war in der marxistisch-leninistischen Theorie des real existierenden Sozialismus nicht vorhanden. Vielmehr wurde hier eine immer stärker werdende Gleichheit angestrebt – zumindest politisch propagiert. Was dieser Gleichheit diene, schien dem Fortschritt zu dienen. Ein höheres Niveau an gesellschaftlicher Gleichheit förderte demgemäß Verhältnisse, unter denen alle gesellschaftlichen Aktivitäten mehr Effizienz erbrachten. Soziale Ungleichheit als Konstituens von Gesellschaften wurde als ideologisches Konzept der »bürgerlichen Soziologie« verstanden, das das Paradies der sozialistischen Welt untergraben wollte. 1981 übte der Sekretär des Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung in

51 Manfred Lötsch, »Zur Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede«, in: *Informationen zur soziologischen Forschung* (1981), 3, S. 14–19 (Referat bei einer Tagung des Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung im Februar 1981). Vgl. auch Laatz, *Sozialstruktur*, a. a. O. (Anm. 4), S. 111.

der DDR, Horst Taubert, beim 3. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie heftige Kritik daran,

wie die bürgerliche Soziologie auf dem Boden der Industriegesellschaftstheorie die soziale Ungleichheit als ein angeblich allgemeinstrukturelles, nicht spezifisch klassengebundenes, aus der Distributions- bzw. Machtsphäre abgeleitetes Problem wiederentdeckte. In jüngster Zeit wird dieses Konzept zunehmend eingesetzt, um den realen Sozialismus als eine Gesellschaft mit wachsenden Ungleichheiten und Konfliktstoffen darzustellen, die unfähig sei, ihre Ziele der Annäherung der Klassen und Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse zu verwirklichen.⁵²

Als Sozialwissenschaftler mussten Lötsch, Meyer und andere aber genau so argumentieren, und zwar eben *weil* sie sich als gute Sozialisten verstanden: Zunehmende Gleichheit mochte die Dynamik einer Gesellschaft, also in diesem Fall: die Entwicklung des Sozialismus behindern – ganz abgesehen davon, dass sie ganz offensichtlich nicht der Realität entsprach. Man konnte also sowohl von den empirischen Befunden als auch von der normativ zgedachten Rolle der Soziologie bei der Entwicklung des Sozialismus her argumentieren. Lötsch und Meyer fragten eher nach der inneren Differenziertheit der Arbeiterklasse. Dahinter verbarg sich einerseits der Verweis auf Ungleichheiten, die dem Selbstbild der DDR-Gesellschaft nicht entsprachen und insofern auf das Nichterreichen von Entwicklungszielen verwies – etwa die noch immer sehr weitgehende Ungleichheit der Geschlechter, die sich vor allem darin zeigte, dass leitende Positionen in der weiten Überzahl von Männern besetzt waren. Andererseits diente der Fokus auf Vielgestaltigkeit innerhalb der als einheitlich gedachten Arbeiterklasse auch dazu, eine Komplexität der sozialistischen Arbeiterklasse zu postulieren, die sich den top-down-Perspektiven der Funktionäre nicht ohne weiteres fügen mochte.

Dies alles spielte sich aber gewissermaßen in einem immer dicker werdenden Kokon ab; die ursprüngliche Funktion, Politikberatung zu sein, hatte die Sozialwissenschaft in dem Maß verloren, in dem unter Honecker das System der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik an Zielen und nicht an Möglichkeiten orientiert war und sich von kritischen Hinweisen zur Zukunftsfähigkeit ihrer Gesellschaftspolitik systematisch abschnitt. Es ist von einer eigenartigen Widersprüchlichkeit: Einerseits ist durchaus ei-

52 Lehmann & Meier, »Sozialstruktur und Lebensweise«, a. a. O. (Anm. 8), S. 323

ne gewisse Problemoffenheit der DDR-Sozialwissenschaft zu konzedieren, die in der Tat weniger an einem Gegensatz von »bürgerlicher« und sozialistischer Soziologie interessiert war, sondern zusehends von einer übergreifenden Theorie der Industriegesellschaft her argumentierte – wie das übrigens auch die Kollegen im Westen machten. Andererseits aber verloren diese Soziologen offenbar das Gehör der Mächtigen, obwohl sie in ihrer großen Mehrheit nichts lieber getan hätten, als mit ihren Erkenntnissen die Problemlösungskapazitäten der DDR zu erhöhen. Selbst Vertreter des Regimes haben zugestanden, dass die Wissenschaftler mit ihren Erkenntnissen seit den 1970er Jahren auf taube Ohren bei den SED-Funktionären stießen.⁵³

Mario Rainer Lepsius hat in seinen Überlegungen zu den strukturellen Schwächen der DDR-Gesellschaft die Entdifferenzierung als das Kardinalproblem ausgemacht.⁵⁴ Die Orientierung auf immer mehr Homogenität und Abschleifung sozialer Unterschiede war dabei nur die eine Seite; die andere war das Absterben (und das erst gegen Ende der 1980er Jahre langsame Wiederaufleben) von nicht staatsunmittelbaren Sphären und einer präzisen Abgrenzung der Zuständigkeiten von Herrschaft und Verwaltung; im westlichen Sprachgebrauch mochte man dafür den Begriff »Zivilgesellschaft« haben.

Dieses letztgenannte Problem hat die DDR-Soziologen nicht interessiert. Sie waren insgesamt treue, mitunter sogar emphatische Anhänger des Systems und wollten es mit ihren Beschreibungen nicht abschaffen, sondern besser machen. Wohl aber war zumindest für die Soziologen um Lötsch und Meyer bereits seit dem Anfang der 1980er Jahre ein Doppeltes klar: Erstens war diese Gesellschaft nicht so homogen und harmonisch, wie sie sich gern selber zeichnete. Und zweitens – hier waren die empirischen Soziologen ganz praktische Gesellschaftsberater – würde zu viel Harmonie und Homogenität, kurz: Entdifferenzierung, die Zukunftsfähigkeit der DDR-Gesellschaft auf die Dauer behindern. Die theoretischen Instrumente, die sie entwickelten – die Umstellung von Eigentum auf Qualifikation, die Frage nach der Intelligenz, die Diskussion

53 Lothar Mertens, *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED* (Münster: LIT Verlag, 2004), S. 27–40.

54 M. Rainer Lepsius, »Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR«, in: *Sozialgeschichte der DDR*, hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka & Hartmut Zwahr (Stuttgart: Klett-Cotta, 1994), S. 17–30.

der Triebkräfte-These – dienten am Ende dem praktischen Zweck, die DDR-Gesellschaft zukunftsfähiger zu machen. Dass sie dabei immer im Geruch der Heterodoxie standen, wirft ein Licht auf die Realitätsnähe der DDR-Oberen, allerdings eben auch auf das Problembewusstsein, das die DDR-Soziologie aller politischen Gängelung zum Trotz zu entwickeln in der Lage war.

Christiane Reinecke, Thomas Mergel (Hg.)

Das Soziale ordnen

Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit
im 20. Jahrhundert

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39787-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2012 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Geografen bei der Vorbereitung des US Census von 1950. Werbefoto des U.S. Census Bureau für die Publikation: Frank W. Hubbard, »We Count in 1950:

A U.S. Census Handbook For Elementary School Teachers«, Washington 1950.

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de